

Frühjahrgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute:

Kurs der Bundesregierung stimmt – auch 1987 Wirtschaftswachstum

„Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird nach dem Rückgang im Winterhalbjahr wieder deutlich steigen. Dabei wird es im zweiten Vierteljahr zu einer recht kräftigen Ausweitung kommen, und zwar nicht nur, weil Produktion nachgeholt wird, die in den ersten Monaten witterungsbedingt ausgefallen war, sondern auch, weil die konjunkturellen Auftriebskräfte wieder spürbar werden. In der zweiten Jahreshälfte dürfte die gesamtwirtschaftliche Expansion auch wegen der Nachholeffekte relativ stark sein; dabei wird die Haupttriebkraft weiterhin die Inlandsnachfrage sein.“

Diese Kernthesen des am 13. April vorgestellten Frühjahrgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute bestätigen den erfolgreichen Kurs der Bundesregierung.

Es wird zwar nicht bestritten, daß die Exportentwicklung in den letzten Monaten hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist und somit zu einer Verringerung der Investitionen geführt hat. Dies ist die Folge der beträchtlichen Veränderungen der Preis- und Wechselkursrelationen, an die sich die Wirtschaft der Bundesrepublik anpassen muß.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute nehmen aber an, daß die vom Export ausgehenden Bremswirkungen noch in diesem Jahr fühlbar nachlassen werden.

„Beides zusammen, abnehmende außenwirtschaftliche Belastungen und recht günstige inländische Bedingungen, dürfte bereits im Frühjahr zu einem

HEUTE AKTUELL

● Arbeitsmarkt

Positiver Trend auf dem Arbeitsmarkt setzt sich fort
Seite 4/5

● Innenpolitik

Die Innenpolitik soll nach den Vorstellungen der Unionsparteien gestaltet werden
Seite 7/9

● Konrad Adenauer

Helmut Kohl zum 20. Todestag Konrad Adenauers am 19. April 1987
Seite 11

● Landesparteitag Hamburg: Kampfbereit und einig

Hamburger CDU sieht historische Chance zum Wechsel
Seite 12/13

● Schleswig-Holstein

Ergebnis der Arbeitsplatzoffensive übertrifft alle Erwartungen
Seite 14/15

konjunkturellen Wiederanstieg von gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und Produktion führen.“

„Es besteht . . . die begründete Aussicht, daß der Rückgang der Exporte bald zum Stillstand kommt und im weiteren Verlauf des Jahres von einem leichten Anstieg abgelöst wird.“

Daher hält die Mehrheit der Institute ein **reales Wachstum des Bruttosozialproduktes um 2 %** für realistisch.

Wichtig ist, daß nach wie vor **der private Verbrauch der Motor der Konjunktur** ist.

„Der private Konsum hat . . . die Konjunktur weiterhin gestützt.“ Entscheidend dafür war im letzten Jahr der **starke Anstieg der Realeinkommen der privaten Haushalte**. „Er ergab sich aus dem Zusammentreffen von deutlich höheren Effektivverdiensten, der Steuersenkung zu Beginn des Jahres, einer Ausweitung der Beschäftigung und dem Sinken der Preise für die Lebenshaltung. Bedeutsam war auch, daß die Transfereinkommen leicht beschleunigt erhöht wurden.“

Auch in diesem Jahr werden nach Auffassung der Gutachter vom privaten Verbrauch „beachtliche Anregungen auf die Konjunktur“ ausgehen.

Die **verfügbaren Einkommen werden um 4 % steigen**, auch die übertragenen Einkommen (Sozialeinkommen) werden in ähnlichem Umfang expandieren wie zuvor, die Renten sogar deutlich rascher.

Da die **Preise weiterhin stabil bleiben** (Anstieg +0,5 % für 1987), dürfte nach der Meinung der Institute der reale private Verbrauch ähnlich stark zunehmen wie im Jahre 1986.

Auch „die Bedingungen für die Ausrüstungsinvestitionen werden sich im Verlauf des Jahres wieder verbessern. Die mit der Höherbewertung der Deutschen Mark verbundenen Unsicherheiten und Belastungen werden allmählich abklingen, und die Nachfrage aus dem Ausland

wird . . . leicht steigen.“ **„Die Erträge und Ertragerwartungen der binnenwirtschaftlich orientierten Unternehmen sind angesichts des weiterhin lebhaft expandierenden privaten Verbrauches . . . nach wie vor günstig.“** Außerdem bleiben die Bauinvestitionen konjunkturell weiter aufwärts gerichtet. Für dieses Jahr ist sogar eine „deutliche Zunahme“ zu erwarten. Diese Entwicklung betrifft vor allem den Bereich der gewerblichen Bauinvestitionen; hinzu kommt, daß Umweltschutzinvestitionen immer mehr an Bedeutung gewinnen, die in erheblichem Umfang mit Baumaßnahmen verbunden sind.

Noch „erheblich günstiger als im Wohnungsneubau wird die Entwicklung im Bereich der Modernisierung und Instandhaltung sein; auf diese Maßnahmen entfällt inzwischen mehr als ein Drittel der gesamten Wohnungsbauinvestitionen.“

„Dies alles spricht dafür, daß sich die Ausrüstungsinvestitionen bald aus ihrer Schwäche lösen werden, zumal auch Investitionen nachgeholt werden dürften, die in den zurückliegenden Monaten wegen der sehr großen Unsicherheit über die weitere Wechselkursentwicklung zurückgestellt worden waren.“

„Mit dem Wiederanstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird sich auch die Nachfrage nach Arbeitskräften verstärken.“

. . . Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresverlauf um etwa 150 000 zunehmen und im Jahresdurchschnitt die vom Vorjahr um rund 200 000 übersteigen. Getragen wird die Beschäftigungszunahme in erster Linie vom privaten Dienstleistungsgewerbe sowie vom Staat. . . . Das Baugewerbe dürfte zum erstenmal seit 1980 zusätzliche Arbeitskräfte einstellen.“

Trotz dieser positiven Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen nur wenig

zurückgehen. Dies ist vor allem dadurch bedingt, daß das Erwerbspotential wieder ansteigt. Außerdem drängen nach wie vor Arbeitssuchende, die sich bisher nicht bei den Arbeitsämtern gemeldet haben (stille Reserve), aufgrund der besseren konjunkturellen Aussichten auf den Markt.

In ihren politischen Forderungen bestätigen die Wirtschaftsforscher die Auffassung der Bundesregierung, daß nur **durch mehr Wachstumsdynamik zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.**

Der Finanzpolitik der Bundesregierung wird ein gutes Zeugnis geschrieben. „**Mit der Steuerentlastung 1986/88 und der für 1990 geplanten Reform, aus der ein Paket von 5 Mrd. DM in das Jahr 1988 vorgezogen werden soll, löst die Finanzpolitik gegebene Versprechen ein und befindet sich steuerpolitisch im Prinzip auf dem richtigen Weg.**“

Die angestrebten wachstumspolitischen Effekte sollen insbesondere durch folgende Maßnahmen unterstützt werden:

- „Verbreiterung der Steuerbasis durch Abbau von Steuervergünstigungen und damit auch Vereinfachung des Steuerrechts;
- Einschränkung bei den Ausgaben, insbesondere bei den Finanzhilfen;
- Verzicht auf Erhöhung der Mehrwertsteuer, die nicht nur verteilungspolitisch problematisch wäre, sondern auch die Schattenwirtschaft fördern würde.“

In der Ordnungspolitik wird von den Gutachtern neben der konsequenten **Durchforstung der Subventionen die Fortsetzung der Privatisierungspolitik** gefordert.

Warnend weisen die Konjunkturforscher auf den geringer gewordenen Spielraum der Tarifpartner hin. „**Im Interesse der Sicherung von Wachstum und Beschäftigung kommt es . . . darauf an, daß der**

Abschluß im öffentlichen Dienst nicht als Vorbild für die Lohnvereinbarungen in der gewerblichen Wirtschaft dient.“

Insgesamt gesehen **bestätigt das Frühjahrsgutachten der Institute die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung und verweist die Versuche der Opposition, die Erfolge der Regierung herunterzuspielen, in den Bereich der Märchenwelt.** Für die SPD gibt das Gutachten nichts her, denn neue Schulden- und abgabenfinanzierte Beschäftigungsprogramme oder neue Steuererhöhungen sind Gift für die Wirtschaft. Und ein Abschwung ist nicht in Sicht, denn auch wenn über Wachstumzahlen gestritten wird, so waren sich die Institute einig, daß auch 1987 die Wirtschaft weiter wachsen wird.



Auch künftig keine Entlassungen bei der DB

Bei der Bundesbahn wird es auch künftig keine Entlassungen geben, versicherte Bundesverkehrsminister Jürgen Warnke (CSU) dem Vorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED). Die Bundesregierung wird die Bahn bei der Konsolidierung ihrer Wirtschaftslage und der Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit weiter unterstützen.

JU-Camp '87

Das diesjährige Jugendcamp der Jungen Union Deutschlands steht unter dem Motto „Partnerschaft mit der 3. Welt: Zukunft gestalten — gemeinsam überleben“. Es wird in der Zeit vom 26. bis zum 31. Juli in Olpe stattfinden. Unterlagen und Anmeldeformulare können bei der **Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands, Annaberger Straße 283, 5300 Bonn 2**, angefordert werden.

Positiver Trend auf dem Arbeitsmarkt setzt sich fort

Der starke Kälteeinbruch Anfang dieses Jahres war die Ursache dafür, daß sich der Arbeitsmarkt länger als üblich im eisigen Griff des Winters befand. Nahezu überall mußten aufgrund des anhaltend strengen Winterwetters die Außenarbeiten eingestellt werden. Trotz dieser ungünstigen Bedingungen lag die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Winter im Durchschnitt immerhin um 250 000 über dem Vorjahresniveau.

Wenngleich sich der Abbau der Saisonarbeitslosigkeit vor allem im Baugewerbe verzögert hat, sind jetzt die Anzeichen für eine **Saisonwende auf dem Arbeitsmarkt eindeutig**: Im März ist die Zahl der Arbeitslosen um 3 Prozent gegenüber Februar gesunken, gegenüber März 1986 um 1,4 Prozent. Diese erfreuliche Entwicklung ist vor allem auf die weiterhin positiven Impulse aus dem Dienstleistungssektor zurückzuführen.

Davon profitieren insbesondere die **Frauen**: Die Zahl arbeitsloser Frauen lag im März um knapp 27 000 unter dem Vorjahresniveau und ist damit überdurchschnittlich um 3 Prozent gefallen. Der positive Trend, der die Frauen in den letzten Jahren zu den eigentlichen Gewinnerinnen auf dem Arbeitsmarkt machte, setzt sich also weiterhin fort.

Erfreulich ist auch die Situation bei **Jugendlichen** unter 20 Jahren. Hier ging die Zahl der Arbeitslosen weit überdurchschnittlich — und zwar um 12 Prozent — gegenüber dem Vorjahr zurück. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Bundesrepublik im internationalen Vergleich eine extrem niedrige Arbeitslosenquote bei Jugendlichen zu verzeichnen hat:

1986 lag die Jugendarbeitslosenquote im Durchschnitt aller westlichen Industrieländer bei über 16 Prozent. Damit war sie annähernd doppelt so hoch wie die deutsche Quote.

Wichtig für den stetigen Rückgang der Arbeitslosigkeit ist jetzt die weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Durch die Beseitigung der Inflation und die steuerlichen Entlastungen für Arbeitnehmer und Unternehmen hat die Bundesregierung für einen **lang anhaltenden und robusten wirtschaftlichen Aufschwung** gesorgt, der sich auch 1987 nach Einschätzung der Wirtschaftsexperten fortsetzen wird.

Das bedeutet jedoch nicht, daß die Bundesregierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit allein auf die Marktkräfte setzt. Nie zuvor wurde das Instrumentarium der aktiven Arbeitsmarktpolitik intensiver und effektiver genutzt als unter der Regierung Helmut Kohl:

■ Im Haushalt 1987 der Bundesanstalt für Arbeit stehen insgesamt 12,4 Mrd. DM für **aktive Arbeitsmarktpolitik** zur Verfügung. Das ist fast doppelt soviel wie 1982.

■ Im Rahmen der **Qualifizierungs offensive** stehen in diesem Jahr 5,6 Mrd. DM für berufliche Bildung bereit (1982: 2,9 Mrd. DM).

■ Im Vergleich zu 1982 werden die Mittel zur Förderung von **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** sogar vervierfacht. Hier stehen 1987 insgesamt 3,2 Mrd. DM zur Verfügung.

Dies zeigt, daß sich die Bundesregierung den großen Herausforderungen in der Arbeitsmarktpolitik stellt.

Umweltschutz schafft Arbeitsplätze

Umweltschutz ist kein Jobkiller. Ganz im Gegenteil: Umweltschutz schafft Arbeitsplätze. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Die Autoren weisen nach, daß Umweltschutzmaßnahmen den Arbeitsmarkt entlasten.

Im Bereich der Industrie und der öffentlichen Hand gibt es heute bereits ungefähr 440 000 Arbeitsplätze im Umweltschutz. Diese Zahl könnte nach Angaben der Studie noch weiter erhöht werden. Voraussetzung dafür wären ein weiteres Bündel zur Förderung des Umweltschutzes, der Aktivierung des Eigeninteresses aller für den Umweltschutz, gezielte Umweltschutzsubventionen bei Unternehmen, höhere Umweltschutzinvestitionen von Bund und Ländern sowie verstärkte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf dem Umweltsektor.

Die Bundesanstalt geht davon aus, daß dadurch etwa 250 000 bis 300 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können, so daß dann 700 000 bis 750 000 Beschäftigte in der Bundesrepublik Deutschland im Bereich des Umweltschutzes tätig wären.

Die These, daß der Umweltschutz ein Jobkiller sei, weist die Bundesanstalt für

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute sehen deshalb in ihrem Frühjahrsgutachten — trotz der verhaltenen Konjunktüreinschätzung — keinen Anlaß, ihre Arbeitsmarktprognosen für 1987 wesentlich zu korrigieren: **Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Erwerbstätigen erneut um rund 200 000 steigen.**

Arbeit entschieden zurück. Kostenerhöhungen in Grenzgebieten, Konkurrenz Nachteile auf Auslandsmärkten oder Standortverlagerung ins Ausland und Investitionsstau kommen erwiesenermaßen nur begrenzte Bedeutung zu.

Die positiven Auswirkungen des Umweltschutzes auf dem Arbeitsmarkt überwiegend eindeutig.

Zitat

Der schwere Schock

Eine SPD, die über Jahre den Eindruck erweckt, sie sei auf „Grün“ und sonst auf nichts anderes fixiert, verliert im Bewußtsein der breiten Mitte der Bevölkerung den Anspruch und die Fähigkeit, Verantwortung für ein Land, eine Stadt, eine Kommune zu übernehmen.

Rot/Grün ist für die SPD eine illusionäre Strategie. Eine solche Mehrheit „diesseits der Union“ gibt es nicht. Grün ist kein seriöser Partner. Das ist zwar oft genug gesagt worden, und es hat nicht an Mahnungen und Warnungen gefehlt, aber offensichtlich mußte für die SPD erst ihr „Heimat“-Land Hessen verlorengehen, um den Prozeß der Ernüchterung einzuleiten. Die SPD, erschreckt und gelähmt, zeigt sich nicht erst seit heute als eine freudlose Partei. Sie gibt sich verbiestert und verbittert. Der Schock sitzt tief. Sie steckt in einer Krise.

In der Bündnisfrage ist die SPD noch gespalten. Es wird eine Zeit dauern, ehe der Klärungsprozeß wieder klare Konturen erkennen läßt.

(Jens Feddersen, Neue Rhein Zeitung, 10. 4. 1987)

Norbert Blüm: NRW muß aus Dornröschenschlaf erwachen

In einem Interview mit dem Südwestfunk zu aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen am 12. April 1987 erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, auf die Stahlkrise angesprochen, an Rhein und Ruhr sei bei der Schaffung der notwendigen Ersatzarbeitsplätze trotz Krise in der Stahlindustrie viel Zeit vertan worden.

Auf die Frage, ob die Reduktion von Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie der einzige Weg zum Heil sei, erklärte Norbert Blüm:

Was die deutschen Stahlarbeiter zu Recht fordern können, ist, daß ihnen eine faire Chance gegeben wird. Der Verdacht ist nicht aus der Luft gegriffen, daß in Europa Subventionsschwindel betrieben wird. Deshalb: Die Europäische Kom-

mission muß energischer der Verzerrung von Wettbewerb durch Subvention entgegengetreten . . .

Wir werden und wollen den Strukturwandel in der Stahlindustrie sozial begleiten, Massenentlassungen können wir nicht gebrauchen; deshalb auch mein Appell an die Stahlunternehmen, sich ihrer sozialen Verantwortung bewußt zu bleiben . . .

Wenn ich Öffentlichkeit und öffentliche Verantwortung sage, gehört dazu nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die jeweiligen Landesregierungen. **Ich richte deshalb meinen Appell auch an Nordrhein-Westfalen, aus dem Dornröschenschlaf zu erwachen. Es ist schon viel Zeit vertan worden.** Man hätte früher damit beginnen müssen, moderne Ersatzarbeitsplätze zu schaffen . . .

US-Studie: Lebensqualität in Deutschland hervorragend

Daß es sich in Deutschland gut leben läßt, ist im Ausland schon lange kein Geheimnis mehr. Nur die Deutschen selbst geraten hin und wieder in Zweifel, wenn professionelle Unheilpropheten durchs Land ziehen und Horror-Szenarien von einer „neuen Armut“ an die Wand malen.

Tatsache ist:

Die Bundesbürger haben nach den Schweizern weltweit den höchsten Lebensstandard.

Dies geht aus der jüngsten Studie der amerikanischen Forschungsgruppe „Population Crisis Committee“ hervor.

Die Wissenschaftler haben in insgesamt 130 Ländern der Erde die Lebensbedingungen der dort lebenden Menschen untersucht. Dabei spielten nicht nur Kriterien wie das Pro-Kopf-Einkommen, Beschäftigung und Inflationsrate eine Rolle, sondern auch Verstädterung, Kindersterblichkeit, Bildung und persönliche Freiheit. Auf der Skala, die die amerikanischen Forscher anhand dieser Kriterien entwickelt haben, liegt die Bundesrepublik noch vor den USA, Frankreich und England auf Platz 2. Ein Beweis dafür, daß der Kurs der Politik der Bundesregierung richtig ist und ein Grund mehr, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken.

Die Innenpolitik soll nach den Vorstellungen der Unions-Parteien gestaltet werden

Zu den innenpolitischen Schwerpunkten in der 11. Wahlperiode erklärte der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster: In den vergangenen vier Jahren hat die Koalition innenpolitische Erblasten beseitigt und aktuelle Probleme gemeistert. Ich nenne die Wiedergewinnung von finanziellem Spielraum für Verbesserungen im öffentlichen Dienst, Einführung der neuen, fälschungssicheren Ausweise, datenschutzrechtlich einwandfreie Grundlage für die Volkszählung, Verbesserung des Asylverfahrensrechts zur Bewältigung des Asylbewerberzustroms, Teilreform des Demonstrationsrechts sowie das Anti-Terrorgesetz.

Die Koalition der Mitte hat am 25. Januar 1987 einen klaren Wählerauftrag erhalten. Wir wollen in dieser Wahlperiode die Innenpolitik unseres Landes nach den Vorstellungen der Unions-Parteien gestalten. In der Koalitionsvereinbarung vom März haben wir uns weitreichende und zugleich konkrete innenpolitische Ziele gesetzt.

1. Im Bereich der inneren Sicherheit möchte ich hervorheben:

1.1 Die Einstellung zur Gewalt in der politischen Auseinandersetzung sowie im zwischenmenschlichen Leben ist zu einer Kardinalfrage unserer Gesellschaft geworden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt es, daß die Bundesregierung eine unabhängige Sachverständigenkommission zur Erforschung der Ursachen von Gewalt sowie von Konzepten zur Verhinderung von Gewalt einsetzt. Der Bundesinnenminister wird in Kürze nach erster Abstimmung mit der Fraktion dem Bundeskabinett einen inhaltlichen und persönlichen Vorschlag machen. Es wird eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, diese Kommission parlamentarisch zu begleiten und im Bundestag die gebotenen Konsequenzen zu ziehen. Alle Demokraten müssen Politikern der Grünen geschlossen entgegenzutreten, die Gewaltanwendung gutheißen, zum Rechtsbruch auffordern und mit totalitärem Richtkeitsanspruch — ähnlich wie die Nationalsozialisten in der Weimarer Republik — solches Verhalten rechtfertigen. Wenn die SPD mehr als nur Lippenbekenntnisse zu unserem demokratischen Rechtsstaat abgeben will, muß sie dem Bündnis mit den Grünen eine klare Absage erteilen.

1.2 Wir erwarten von der Bundesregierung entscheidungsreife Vorschläge zur Wahrung der Friedlichkeit von Demonstrationen und für eine wirksame Terrorbekämpfung.

1.3 In Konsequenz aus dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 1983 stehen nicht weniger als 10 Gesetzesvorhaben an.

Bei diesem äußerst umfangreichen und komplizierten Gesetzespaket geht es um

das Verhältnis zwischen dem Persönlichkeitsrecht der Bürger und der — von unserem Grundgesetz ebenso gewollten — Wahrung der inneren Sicherheit. Aus der vergangenen Legislaturperiode liegen eine Reihe von Gesetzesentwürfen vor, auf welchen wir aufbauen können. Wir erwarten von der Bundesregierung möglichst bald entsprechende Gesetzesentwürfe, an welchen auch die Bundesländer zur Wahrung der Rechtseinheit im Sicherheitsbereich interessiert sind. In den Ausschußberatungen sowie bei den zu erwartenden parlamentarischen Anhörungen werden wir auf einfache und praktikable Regelungen dringen, welche der angespannten Sicherheitslage Rechnung tragen. Die Sicherheitsbehörden sind für ihre Aufgabenerfüllung auf einen reibungslosen Datenaustausch angewiesen. Ob für den Informationsaustausch zwischen Polizei und den Diensten ein eigenes Zusammenarbeitsgesetz geschaffen werden sollte, bedarf sorgfältiger Prüfung; möglicherweise lassen sich diese Fragen in den Fachgesetzen und einem eigenständigen BND-Gesetz verständlicher regeln.

1.4 Die Bekämpfung der allgemeinen Kriminalität verdient erhöhte Beachtung.

In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten mehr als verdoppelt. Die Kriminalitätsbelastung ist in Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern inzwischen dreimal so hoch wie in Gemeinden unter 20 000 Einwohnern.

Alarmierend sind die unterschiedlichen Aufklärungsquoten in den einzelnen Bundesländern. Während im vergangenen Jahr Bayern eine Aufklärungsquote von 57,4 Prozent, das Saarland von 50,7 Prozent und Rheinland-Pfalz, Berlin und Baden-Württemberg Aufklärungsquoten von 49,4 Prozent bzw. 48,2 Prozent und

48,1 Prozent aufwiesen, betrug die Aufklärungsquoten in den Stadt-Staaten Bremen und Hamburg lediglich 36 bzw. 36,1 Prozent. Die geringste Aufklärungsquote hatte Hessen mit 35,6 Prozent und regionalen Quoten von unter 30 Prozent in den Großstädten Frankfurt und Offenbach. Wir halten eine Untersuchung der Ursachen für diese erheblichen Unterschiede für notwendig. Der Bund muß das ihm Mögliche zur Verbesserung der Kriminalitätsbekämpfung tun. Unsere Bürger haben nicht nur Anspruch auf eine gesunde Umwelt, sondern auch Anspruch auf Schutz ihrer Rechtsgüter vor Straftaten. Die CDU/CSU-Fraktion sieht insbesondere in folgenden Bereichen Handlungsbedarf:

■ Damit das Rechtsbewußtsein gefestigt und Verweigerungskampagnen abgewehrt werden, muß die Wertorientierung in Erziehung und Ausbildung wieder einen bestimmenden Stellenwert erhalten.

■ Die geltenden Vorschriften über Beschlagnahme, Einziehung und Verfall von Vermögenswerten reichen in der Praxis nicht aus, z. B. Rauschgift Händler entziehen ihre enormen Gewinne über Mittelsmänner und Banken der Strafverfolgung. Ich stelle mir vor, daß derartige Straftäter — nach dem Vorbild der USA — künftig nachweisen müssen, daß sie ihr Vermögen rechtmäßig erworben haben. Eine solche Beweislastumkehr erleichtert Beschlagnahmen und würde die Bekämpfung von Rauschgift delikten, organisierten Verbrechen und von Wirtschaftskriminalität erheblich verbessern, weil die Täter nicht mehr ihrer Vermögensvorteile sicher wären.

■ Die Bekämpfung der Umweltkriminalität ist besonders wichtig. Die Zahl der Umweltdelikte hat sich in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt. Einzelne Umweltstraftaten können ganze Öko-Systeme und Hunderttausende von

Bürgern schädigen. Neben einer intensivierte Verfolgung von Umweltvergehen sowie der Einrichtung eines zentralen Meldedienstes zur Erfassung von Umweltdelikten sollte gesetzlich sichergestellt werden, daß bei Umweltverstößen die eigentlich Verantwortlichen in den Betriebsleitungen und Unternehmensvorständen wirklich strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Dafür könnte der Rechtsgedanke des § 130 Ordnungswidrigkeitengesetz, der die Ahndung von Verletzungen der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen ermöglicht, ins Strafgesetzbuch übernommen werden.

2. Weitere innenpolitische Schwerpunkte sind für uns:

■ Für den öffentlichen Dienst streben wir eine Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes an, um die allgemeine Problematik der Beteiligung von Personalräten bei der Einführung sog. neuer Techniken sowie die vom Bundesverfassungsgericht aufgeworfene Frage des Minderheitenschutzes von Wahlvorschlägen zu klären.

Von der bevorstehenden Volkszählung werden im Zusammenhang mit den Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung wichtige Denkanstöße für die Gewerkschaften und Berufsverbände des öffentlichen Dienstes sowie die öffentlichen Dienstherren und Arbeitgeber ausgehen. Ich halte es für sinnvoll, wenn sich eine gemeinsame Kommission beizeiten mit den Konsequenzen beschäftigt, die sich aus dem veränderten Altersaufbau sowie dem Bevölkerungsrückgang für Aufgaben und Struktur des öffentlichen Dienstes ergeben.

■ In der 10. Wahlperiode haben die Unionsparteien die kulturellen Aktivitäten des Bundes gezielt gesteigert. Trotz der

gebotenen Haushaltssanierung haben wir die finanziellen Mittel für die Ostdeutsche Kulturarbeit, den Denkmalschutz und die Filmförderung mehr als verdoppelt. Diese Linie wollen wir konsequent weiter verfolgen.

■ Auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung streben wir ein neues Zivilschutzgesetz an.

■ Der Übertritt des BfV-Beamten Tiedge in die DDR hat einen besonderen Regelungsbedarf aufgezeigt. Wir wollen durch Gesetzesänderung verhindern, daß Landesverräter, die unserem Staat schweren Schaden zugefügt haben, sich ihrer Bestrafung entziehen, aber später in den Genuß einer von der Gemeinschaft bestrittenen Altersversorgung gelangen.

Ich erwarte eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner FDP auf innenpolitischem Gebiet. In ersten Gesprächen mit den Innenpolitikern der FDP habe ich den Eindruck gewonnen, daß man auch dort eine sachbezogene und erfolgreiche Zusammenarbeit will. Trotz der zum Teil politisch unterschiedlichen Bewertungen bewegen wir uns auf einem breiten gemeinsamen Fundament: **Es geht um die Erhaltung und weitere Ausgestaltung unseres freiheitlich demokratischen Rechtsstaates.**



Zitat

„... Das Schielen nach einem Koalitionspartner schadet besonders dann, wenn dieser Partner für viele SPD-wichtige Wähler so beliebt ist, wie ein Autofahrer, der auf einer dreispurigen Autobahn ständig langsam auf der linken Fahrspur fährt.“

(Ex-Verkehrsminister Leber, SPD, im EXPRESS-Interview vom 20. 4. 1987)

SPD entfernt sich von den traditionellen Werten der Arbeiterbewegung

Klaus Liepelt, Geschäftsführer des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (Infas) analysierte in der „Welt“ vom 3. April 1987 das Wahldebakel der SPD. U. a. stellte er fest: „SPD-Wähler mit Abitur — das sind weniger als zehn Prozent der SPD-Anhänger und nicht einmal fünf Prozent der Gesamtbevölkerung — denken über die Gesellschaft ganz anders als die große 90-Prozent-Mehrheit der SPD-Wähler, die kein Abitur gemacht haben. Diese Bildungselite geht nicht konform mit der Wählermehrheit der eigenen Partei. Sie folgt vielmehr der Ideologie der Grünen.

Aus dieser Bildungsklasse rekrutieren sich heute jene, die in der SPD mehrheitlich den Ton angeben: Es ist die jüngere Akademikergeneration der „Enkel“ und „Enkelinnen“, die sich auf den Marsch durch die Institutionen gemacht und Führungspositionen in der Partei übernommen haben. Zugespitzt: Der Generationswechsel in der SPD hatte bedeutende Nebenfolgen. Arbeiter wurden in der Arbeiterpartei politisch arbeitslos. So hat die tonangebende akademische Minderheit den SPD-Wahlkampf 1987 mit Schwerpunkten aus dem Katalog der Grünen geführt: Atomenergie, Umwelt, Frieden, Raketen. Infas-Umfragen zeigen, daß die nicht akademische Mehrheit mehr an Fragen der persönlichen Sicherheit — am Arbeitsplatz und am Sozialsystem — interessiert war.

Arbeitnehmerthemen wie Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder der Humanisierung der Arbeitswelt sind mehr und mehr in den Hintergrund geraten. Damit steht die Bildungselite in der

SPD gleichsam in Opposition zur großen Mehrheit der SPD-Wähler, die in ihrer Grundhaltung eher der gewerkschaftlichen Linie auf der Mitte des politischen Spektrums folgt. Je mehr die neue SPD-Spitze an der grünen Front um Einfluß ringt und sich auf einen Wettstreit um die besseren Aussagen zu den neuen Werten einläßt, um so größer ist die Bereitschaft des akademischen SPD-Anhangs, die Grünen als echte Alternative zu betrachten.

Die Verluste der SPD in zahlreichen Großstädten sind die Konsequenz dieser Entfremdung zwischen Parteiführung und Wählerbasis. Quasi zwei Parteien haben sich dort unter dem gemeinsamen Dach des gleichen Namens herausgebildet; sie kämpfen für unterschiedliche Ziele. Welche Konsequenzen das hat, zeigen die SPD-Wahlresultate. Das politische „sowohl als auch“ konnte nur desintegrierend wirken. Die schweigende Wählermehrheit hat begonnen, dies auf ihre Weise an der Urne zu quittieren: Mit einem „weder – noch“... Der persönliche Einsatz von Rau besonders in Nordrhein-Westfalen hat Anfang 1987 den Trend gleichsam in letzter Minute abgebremst. Nirgendwo aber steht geschrieben, daß 37 Prozent die untere Grenze für SPD-Verluste sind..



Umfrage

72 Prozent der SPD-Mitglieder sind gegen eine engere Zusammenarbeit mit den Grünen. Jedes vierte SPD-Mitglied denkt über einen Austritt aus der Partei nach.

(Umfrage des Forsa-Instituts)

Helmut Kohl

Zum 20. Todestag Konrad Adenauers am 19. April 1987

Mag auch die „Ära Adenauer“ inzwischen mehr und mehr wie eine abgeschlossene Epoche erscheinen, so hat Konrad Adenauer selbst sein politisches Lebenswerk keineswegs als Erbe verstanden, das wie selbstverständlich an die Nachwelt übergeht. Wir sollten uns deshalb nicht nur ehrend an den zum geschichtlichen Mythos erhobenen Gründungsvater der Bundesrepublik Deutschland erinnern, sondern mit ebensolchem Ernst den fundamentalen politischen Fragen nachgehen, die sich schon Adenauer gestellt hat und die auch heute noch Grundfragen unserer politischen Existenz sind. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Grundlagen unserer Bundesrepublik Deutschland auf Weichenstellungen zurückgehen, die Adenauer zusammen mit anderen „Gründervätern“ nach 1945 gegen vielfältige Hemmnisse und Widerstände durchgesetzt hat.

So verdanken wir Adenauer die Integration des freien Teils Deutschlands in die Gemeinschaft der freiheitlichen Demokratien. Er hat für immer mit unentschlossener Schaukelpolitik zwischen Ost und West und mit neutralistischen Illusionen gebrochen. Europäische Einigung und Atlantische Allianz waren für ihn nicht bloß machtpolitische Zweckbündnisse, schon gar nicht auf Zeit. Freiheit und Demokratie suchte er so auch für die Deutschen jenseits des Eisernen Vorhangs zu erreichen. Die Aussöhnung mit den früheren Kriegsgegnern, voran Frankreich, und die Aussöhnung mit Israel und dem Judentum waren ihm eine tiefe moralische Verpflichtung.

Konrad Adenauers Politik hat den Grund gelegt für die längste Friedensepoche, die in diesem Jahrhundert Deutschland und Europa bis heute beschieden ist; auch im Innern ist durch seine Politik unsere demokratische Ordnung stabilisiert. Wohlstand und soziale Gerechtigkeit sind geschaffen und gesichert worden.

Adenauer kommt das Verdienst zu, Erhards Sozialer Marktwirtschaft politisch den Weg geebnet zu haben. Materiellem Wohlstand allein maß er nur eine dienende Rolle zu. Seine politische Zielsetzung bestand vielmehr darin, politische Freiheit zu sichern und Gerechtigkeit für jedermann erfahrbar zu machen.

Konrad Adenauer hat die Christlich-Demokratische Union Deutschlands mit aufgebaut und geprägt. 1950 wurde er ihr erster Bundesvorsitzender. Es war eine der großen zukunftsorientierten Leistungen Konrad Adenauers, daß er die CDU Deutschlands zur ersten echten Volkspartei in der deutschen Parteiengeschichte gemacht hat. Die soziale und konfessionelle Integrationskraft dieser neuen Partei der Mitte, die sich als Volkspartei dem Ganzen verpflichtete, trug in hohem Maße zum sozialen Frieden und zur politischen Stabilität der Bundesrepublik Deutschland bei.

Wir stehen in der Tradition von Konrad Adenauer. Sein politisches Erbe ist für uns nicht nur Besitz, den es zu bewahren gilt, sondern zugleich Verpflichtung und Vorbild. Die freiheitliche, liberale und soziale Demokratie, die Konrad Adenauer unter schwierigen Bedingungen vertrat, gilt es nach wie vor zu schützen und fortzuentwickeln.

Kampfbereit und einig

Hamburger CDU sieht historische Chance zum Wechsel

Kampfbereit und in großer Einigkeit präsentiert sich die Hamburger CDU rund vier Wochen vor der Bürgerschaftswahl am 17. Mai. Die Einigkeit dokumentierte sich auf dem Wahlparteitag der Union nicht zuletzt in dem überragenden Stimmenergebnis für den Spitzenkandidaten Hartmut Perschau, der mit 191 von 192 möglichen Stimmen bei einer Enthaltung erneut zum Bürgermeister-Kandidat nominiert wurde.

„Hier ist eine Partei, die weiß, was sie will. Hier ist eine Partei, die partnerschaftlich, solidarisch, loyal einen gemeinsamen politischen Weg gehen will“, bedankte sich Hartmut Perschau bei den jubelnden Mitgliedern für seinen Wahlerfolg.

CDU-Landesvorsitzender Jürgen Echternach hatte zuvor an den Wahlsieg der CDU in Hessen erinnert. Für Hamburg sei dies ein großartiger Auftakt, für den man den Freunden und besonders Walter Wallmann herzlich danken müsse. Für den Landesvorsitzenden und Staatssekretär drängen sich die Parallelen zu Hamburg auf. Wie in Hessen, so Echternach, werde die Hamburger SPD an ihrer Zerrissenheit zwischen traditionellen Sozialdemokraten und Ökosozialisten scheitern. Der Landesvorsitzende zitierte in diesem Zusammenhang Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt, der erst kürzlich festgestellt hat: „Diese SPD besteht in Wahrheit aus zwei Parteien.“ Für die Hamburger CDU gelte es nun, in den kommenden Wochen dafür zu kämpfen, daß diese Krise der SPD nicht zu einer Dauerkrise

für Hamburg werde. Echternach: „Diese herrliche Stadt hat es nicht verdient, von einer Partei regiert zu werden, die weder die Kraft, noch die Ideen für eine Führung hat.“

SPD-Bürgermeister Klaus von Dohnanyi warf der Landesvorsitzende Heuchelei und Unehrllichkeit vor. Noch in der Endphase der Koalitionsverhandlungen habe Dohnanyi immer wieder seine ernste Bereitschaft zu einer großen Koalition bekundet, gleichzeitig aber schon die Briefe mit der Absage und der Forderung nach Auflösung der Bürgerschaft in der Tasche gehabt. Unaufrichtiger und unehrlicher kann ein Politiker gar nicht sein“, sagte Echternach.

Wie es von Dohnanyi mit der Ehrlichkeit halte, zeige auch seine Aussage zur GAL in Hamburg. Vor der letzten Wahl habe er bekundet, keinen Millimeter mit der GAL gehen zu wollen, nach der Wahl habe es sofort die ersten Bündnisse zwischen SPD und Grünen in den Bezirken gegeben. Vor wenigen Wochen habe er sich nun sogar in einem Interview für eine gemeinsame Regierungsbildung mit der GAL nach dem 17. Mai ausgesprochen.

Echternach warnte allerdings angesichts der Zerrissenheit bei den Sozialdemokraten zu siegessicher in die letzten Wochen des Wahlkampfes zu gehen. Ganze 1 500 Stimmen sind es gewesen, die in Hessen den Regierungswechsel herbeigeführt haben. Und wieder einmal hat es sich gezeigt, wie wichtig es ist, bis zur letzten Minute, bis zur Schließung der Wahllokale um jede Stimme zu kämpfen. „Das

sollten wir in den kommenden Wochen beherzigen“, sagte Jürgen Echternach.

Zu einem Kampf für den Wechsel rief auch Hartmut Perschau die Delegierten und CDU-Mitglieder in Hamburg auf. Perschau: „Seien wir uns darüber im klaren, daß wir eine große, riesengroße Chance haben. Aber seien wir uns auch darüber im klaren, daß wir es noch nicht geschafft haben. Es wird nicht heute, es wird am 17. Mai gewählt.“ Wenn man die Chance nutzen wolle, müsse gearbeitet werden wie nie zuvor. Jedes CDU-Mitglied müsse sich die Frage stellen, welchen Beitrag es leisten könne, die Stadt vor dem rot-grünen Wirrwarr zu retten.

„Am 17. Mai muß sich jeder die Frage stellen, habe ich alles getan, die Botschaft für einen Sieg der Vernunft, für einen Sieg der Mitte den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln. Wenn Sie sich am 17. Mai diese Frage mit „Ja“ beantworten können, bin ich sicher, wir werden am Abend dieses 17. Mai gemeinsam ein Fest der politischen Erneuerung dieser Stadt feiern“, sagte Perschau.

SPD-Bürgermeister Klaus von Dohnanyi warf der Spitzenkandidat vor, seiner Partei lediglich noch als „Schönwetter-Bürgermeister“ zur Verfügung stehen zu wollen. Von Dohnanyis Aussage, lediglich für eine SPD-Mehrheit oder für eine sozial-liberale Koalition zur Verfügung zu stehen, mache dies deutlich. Von einer absoluten Mehrheit sei die SPD noch nie in der Nachkriegsgeschichte so weit entfernt gewesen wie derzeit.

Die FDP habe eine relativ klare Aussage zugunsten der CDU gemacht. Damit habe Dohnanyi lediglich für die beiden unwahrscheinlichsten Konstellationen seine Kandidatur angekündigt. Perschau:

„Er hat damit erklärt, daß wenn seine Partei in Schwierigkeiten geraten sollte, wenn sie sich in der Krise befindet und ihr der Wind ins Gesicht bläst, er als Spit-

zenkandidat nicht mehr zur Verfügung steht. Ich glaube nicht, daß es irgendwann einmal in der Bundesrepublik einen Spitzenkandidaten gegeben hat, der die Chuzpe besessen hat, so etwas seiner eigenen Partei zuzumuten. Ich bin ganz sicher, daß unsere Partei die Kraft hätte, wenn ich Ihnen ein solches Angebot gemacht hätte, mich zum Teufel zu jagen. Und das wäre richtig.“

Auch Perschau zitierte dann Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt, der eine rot-grüne Koalition für Hamburg als ein Unglück für die Wirtschaft bezeichnet hatte. „Ich teile die Auffassung des Sozialdemokraten vom ersten bis zum letzten Wort. Und wir stehen heute in der Verantwortung, dieses nicht Wirklichkeit werden zu lassen“, sagte der Spitzenkandidat. Hartmut Perschau stellte in diesem Zusammenhang auch die Frage nach dem eigentlichen Spitzenkandidaten der Hamburger SPD. Perschau: „Wer übernimmt denn für die Sozialdemokratische Partei am Morgen nach der Wahl die Federführung? Wir wissen heute doch nur, daß es extrem unwahrscheinlich ist, daß es noch der amtierende Bürgermeister sein wird.“ Hinter der jüngsten SPD-Parole, die Bundesrepublik dürfe nach der Hessenwahl nicht „ganz schwarz“ werden, steht nach Meinung von Hartmut Perschau eine „tiefe Angst der Sozialdemokraten die Macht zu verlieren.“ Wenn Herr von Dohnanyi diese Aussage zudem mit der Parole begleite, in Hamburg müsse auch in Zukunft soziale Gerechtigkeit herrschen, werde dies vollends deutlich.

Perschau: „Ich kann nur sagen, das ist alles sehr richtig, weil die Sozialdemokraten dies alles in 30 Jahren nicht geschafft haben. Wir brauchen eine politische Erneuerung, weil sozialdemokratische Reformpolitik immer mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit schiebt, immer mehr jungen Menschen die Perspektive für gei-

Arbeitsplatzoffensive Schleswig-Holstein

Ergebnis übertrifft alle Erwartungen

Bereits sechs Monate nach Beginn der Arbeitsplatzoffensive Schleswig-Holstein hat sich mit diesem neuen Instrument der Arbeitsmarktpolitik ein Erfolg eingestellt, der alle darin gesetzten Hoffnungen übertrifft. Gut ein halbes Jahr nach Anlaufen der Arbeitsplatzoffensive — also nach rund einem Fünftel der gesamten Laufzeit — sind mehr als ein Drittel der anfänglich angestrebten Arbeitsplätze von rund 12 000 geschaffen worden. Dieses erfreuliche, weit über dem Soll liegende Ergebnis ist eine volle Bestätigung der schleswig-holsteinischen Arbeitsmarktpolitik, mit der im Interesse der arbeitslosen Menschen im Lande neue und unkonventionelle Wege beschritten wurden, stellt Ministerpräsident Uwe Barschel fest.

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

stige, politische und wirtschaftliche Freiheit nimmt. Weil sie immer mehr Menschen in die Abhängigkeit des Staates bringt.

Weil die Sozialdemokraten anstelle einer warmherzigen Sozialpolitik, wie sie noch ein Erni Wewiß betrieb, in die Verantwortung eines knallharten Linksideologen gelegt haben und damit die soziale Wärme aus unserem politischen System ausgekoppelt haben:“ Unterstreichen kann Hartmut Perschau von Dohnanyis Forderung nach einer starken Sozialdemokratie. „Ich glaube, daß unser Parteiensystem in der Bundesrepublik Deutschland durchaus eine starke sozialdemokratische Partei vertragen kann. Nur, die Sozialdemokraten müssen erst wieder stark werden, um diesen

Im Hinblick auf die an der Arbeitsplatzoffensive Schleswig-Holstein beteiligten Gruppen ist gar nicht hoch genug einzuschätzen, daß sich hier alle am Wirtschaftsleben Beteiligten — Arbeitgeber, Gewerkschaften, Arbeitsverwaltung — zusammengefunden haben. Diese auf Betreiben der Landesregierung initiierte konzertierte Aktion ist auch deshalb um so bemerkenswerter, als sie zu einer Zeit gestartet wurde, da ansonsten zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften im Hinblick auf die Diskussion um den § 116 Arbeitsförderungsgesetz gar nichts mehr ging. Allen Beteiligten gilt deshalb für ihre Zusammenarbeit unser besonderer Dank.

Für die Arbeitsplatzoffensive stellt das Land über 170 Millionen Mark zur Verfügung. In mindestens etwa gleicher Höhe

Anspruch erheben zu können“, sagte der Bürgermeister-Kandidat.

Die Demokratie brauche zudem eine starke Opposition. Perschau: „Deshalb brauchen wir natürlich auch die Opposition und deshalb brauchen wir auch eine starke SPD in der Opposition.“

Hartmut Perschau rief die Hamburger CDU dazu auf, den Bürgern in den kommenden Wochen deutlich zu machen, daß die Union Antworten auf die drängenden Probleme der Stadt weiß. Und er machte deutlich, daß die Wende zum Positiven nur mit einer starken CDU möglich ist. Bürgerschaftspräsident Dr. Martin Willich, nach einem Wahlsieg als Innensenator vorgesehen, gab die Parole für die entscheidenden Tage auf seine Weise aus: „Die roten Nüsse werden geknackt. Hamburg ist die nächste!“

werden noch einmal zusätzliche Mittel der Arbeitsverwaltung gebunden. Im laufenden Jahr stehen Landesmittel von über 60 Millionen Mark bereit. Mit Hilfe der Arbeitsplatzoffensive haben bisher — Stand 27. Februar 1987 — 4244 Mitbürger in Schleswig-Holstein einen Arbeitsplatz erhalten. Zusätzlich wurden für 1422 Mitbürger Qualifizierungs- und Betreuungsmaßnahmen eingerichtet. Allein in den Wiedereingliederungskursen für Frauen waren etwa 605 Teilnehmerinnen vertreten. Insgesamt konnte mit Hilfe der Arbeitsplatzoffensive fast 5700 Schleswig-Holsteinern eine neue berufliche Perspektive eröffnet werden.

Besonders erfreulich: Die Resonanz auf den wider Erwarten gut angelaufenen Programmpunkt „Lohnkostenzuschüsse für langfristige Arbeitsverträge mit älteren Arbeitnehmern“. Die Arbeitsplatzoffensive hat hier einen wahren Antragschub ausgelöst. Es wurden 487 Anträge bewilligt.

Eine besondere Zielgruppe der Arbeitsplatzoffensive sind jugendliche Berufsanfänger, die ihre Ausbildung beendet haben. Hier konnte insgesamt 763 Jugendlichen eine Beschäftigungsmöglichkeit eröffnet werden. Dank intensiver Bemühungen der Landesregierung und des Landesarbeitsamtes ist es gelungen, dem Wunsch vieler Arbeitgeber zu entsprechen, Teilzeitarbeit und Teilzeitfortbildung den betrieblichen Erfordernissen entsprechend sinnvoll miteinander zu verblocken. Die nun mögliche Verblockung von Teilzeitarbeit und Teilzeitfortbildung — in Blöcken von jeweils bis zu zwei Kalenderwochen — dürfte zu einem vermehrten Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen führen. Ein besonderer Appell richtet sich an die Industrie, mehr Teilzeitarbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, denn bisher war es vorwiegend das Hand-

werk, das die überwiegende Zahl der Plätze bereitgestellt hat.

Teilzeitarbeit und Teilzeitfortbildung ist für die Unternehmen ein wichtiges Instrument einer zukunftsorientierten Personalplanung. Jugendliche, die nach der Ausbildung nicht in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen werden, verlieren sehr schnell ihre erworbenen Kenntnisse. Die von den Unternehmen getätigte Investition in die Ausbildung der Jugendlichen wirft dann aber keinen Ertrag ab. Weitsichtige Unternehmen müßten deshalb auf den sich in naher Zukunft abzeichnenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften entsprechend reagieren und sollten die ausgebildeten Jugendlichen durch ein verstärktes Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen bereits heute an sich binden. Wer auch in Zukunft qualifiziertes Personal haben will, der muß rechtzeitig Vorsorge treffen.

Um das Instrumentarium der Arbeitsplatzoffensive noch effizienter zu gestalten, steht die Landesregierung in einem ständigen Dialog mit der Wirtschaft sowie den Gewerkschaften und der Arbeitsverwaltung. Ergänzend wird in Kürze eine neue Informationsbroschüre mit anschaulichen Beispielen an rund 50000 Unternehmen im Lande versandt. Die bisherigen Erfahrungen bei der praktischen Umsetzung haben bereits zu einer verbesserten Neuauflage der Förderungsgrundsätze geführt. Die neuen Grundsätze werden rechtzeitig zum Ende des Ausbildungsjahres Ende Mai/Anfang Juni an die Unternehmen im Lande verschickt. Des weiteren hat die Landesregierung eine Arbeitsgruppe „Jugendarbeitslosigkeit“ gebildet, die Vorschläge unterbreiten soll, wie das vorhandene Instrumentarium für Jugendliche, die ihre Ausbildung beendet haben, noch besser genutzt werden kann.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Jugendpreis der Jungen Union Deutschlands an Waldjugend Greimerath

Im Rahmen des von der Jungen Union Deutschlands bundesweit ausgeschriebenen „Heinrich-Köppler-Jugendpreises“, der diesmal unter dem Leitmotto „Junges Engagement für unsere Umwelt“ stand, verlieh der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Christoph Böhr, den ersten Preis in Höhe von 3000 DM an die „Waldjugend Greimerath“.

An der Ausschreibung im Jahre 1986 beteiligten sich eine Fülle von Gruppen aus allen Teilen der Bundesrepublik. Eine unabhängige Jury unter dem Vorsitz von Frau Erika Köppler betrachtete die Leistungen der „Waldjugend Greimerath“ — die im Jahre 1979 von Forstoberinspektor Ralf Taubert gegründet wurde — als herausragend.

Über fünfzig Kinder und Jugendliche im Alter zwischen neun und achtzehn Jahren sind aktive Mitglieder dieser Gruppe, die seit fünf Jahren das 32 Hektar große

Gebiet „Panzbruch“ betreut. Durch die Erfassung der Flora und Fauna war die Gruppe maßgeblich an der Unterschutzstellung dieses Gebietes beteiligt. Neben der Beseitigung unerwünschter Baum- und Strauchbestände, der Schaffung von Wasserflächen durch Dammbauten, der Verbesserung vorhandener Tümpel, der Betreuung von zirka 212 Nistkästen gehören die Betreuung von drei Patenrevieren von je 25 Hektar Größe ebenso zum Arbeitsprogramm der „Waldjugend Greimerath“ wie die regelmäßig stattfindenden Altpapiersammlungen. Der Erlös dieser Sammlungen wird der Aktion „Ein Baum für Afrika“ zur Verfügung gestellt.

JU-Bundesvorsitzender Christoph Böhr dankte der „Waldjugend Greimerath“ für ihr vielgestaltiges und vorbildliches Engagement und wies darauf hin, daß das von diesen Gruppen aufgebraachte persönliche Engagement durch keine staatliche Umweltpolitik zu ersetzen sei.



14/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.